

Editorial**Christian Czaak**

Cern im Rückblick. Neue Messeinheiten in der Forschung. Persönliches zu Krems.



Nach der Absichtserklärung von Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) zum Austritt aus der Europäischen Organisation für Kernforschung (Cern) folgte über eine Woche Stille. Erst dann setzte eine (rein) emotionale Diskussion in Politik und Wissenschaft ein. Das darauf folgende erste Machtwort von Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) bedeutete den Rücktritt vom Austritt. Das Agieren des Kanzlers kam nicht nur spät, sondern auch überraschend in Bezug auf die finanzielle Komponente von 16 Mio. Euro „Mitgliedsbeitrag“ pro Jahr. Off-

ziell begründet wurde es mit der „Verlässlichkeit“ Österreichs als Partner. Auch seinerzeitige Pressemeldungen in sogenannten Qualitätsmedien zu wirtschaftlichen Rückflüssen „von bis zu 70 Prozent des Mitgliedsbeitrages noch bis 2008“ sind rückblickend überraschend. Unsere Recherchen (siehe Seite 12) bei den involvierten Unternehmen zeigen zwischen fünf und sieben Mio. pro Jahr während der Bauzeit bis 2006, dann zwei Mio. 2007 und zuletzt 1,5 Mio. 2008. Positiv erwähnt wird die Imagekomponente als Sprungbrett für neue Akquisitionen. Überraschend war das erste Kanzlermachtwort auch im Vergleich zur vorherigen Schule/Lehrer-Diskussion. Hier ging es um ein wesentlich wichtigeres standortpolitisches Thema im Bereich Bildung und Gesellschaft, und mit Ministerin Claudia Schmied (SPÖ) war eine Parteikollegin betroffen. Der Gegner war hier die Gewerkschaft. Rückschlüsse auf realpolitische Machtverhältnisse sind zulässig.

In der Welt der Wissenschaft gab und gibt es eine einzige Messlatte für Erfolg: die sogenannten „Papers“ (vulgo Publikationen) sowie Anzahl und Medien, wo diese veröffentlicht werden. Zumindest bis dato. Langsam dreht sich die Sichtweise über die Sinnhaftigkeit dieser alleinigen Wertigkeit von Forschungsleistung. Bereits in *economy*-Gesprächen mit den neuen wissenschaftlichen Leitern von AIT Seibersdorf, Wolfgang Knoll, und FTW Wien, Wolrad Rommel, war eine Abkehr erkennbar. „Wissenschaftler brauchen mehr Profil statt mehr Publikationen, eine klare Strategie, wohin es gehen soll“, meinte Knoll. Und Rommel: „Man kann trefflich darüber streiten, was valide ist und ob Publikationen überhaupt etwas über Forschungsqualität aussagen.“ Beide Forscher kommen von erfolgreichen Forschungs- und Bildungsinstitutionen aus Deutschland, beide sind primär im angewandten, wirtschaftsorientierten Forschungsbereich tätig.

Im *economy*-Gespräch mit Wissenschaftsminister Hahn (siehe Seite 10 und 11) lässt nun dieser auch in diese Richtung aufhören: „Der publizistische Output ist sekundär. Es muss unterschiedliche Parameter zur Messung von Forschungsleistung geben.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. Patente, Start-ups (auch an Unis), neue Applikationen und Prototypen für die Industrie müssen unter anderem die künftigen Messkriterien sein. Auch der Rechnungshof kritisiert das in seinem jüngsten Bericht über die Technischen Universitäten Graz und Wien.

Zwei Wochen sind seit der unfassbaren Tragödie von Krems vergangen. Unfassbar im Hinblick auf das Django-Verhalten der Polizisten. Unglaublich auch im Hinblick auf das Verhalten bei der Aufklärung dieses Verbrechens – bis Redaktionsschluss haben Polizeibehörden (ihre eigenen Kollegen) untersucht und nicht unabhängige Staatsanwälte. Mit Verbrechen sind die Schüsse von hinten auf zwei flüchtende, unbewaffnete Menschen gemeint. Der Todesschütze oder die Todesschützin gehören zumindest und unbedingt für die fahrlässige Tötung eines Menschen bestraft, der Kollege oder die Kollegin wegen Beihilfe mit dazu. Einzig, dass die Täter jung waren, konnten die „Dirty Harrys“ möglicherweise unter den (bis dato) bekannten Bedingungen nicht erkennen. Alles andere ist schlimmstes, amateurhaftes Fehlverhalten mit tödlicher Folgewirkung. Und andere überforderte Polizisten gehören spätestens jetzt ordentlich geschult.

Das Scheitern vor Augen

Die Währungsunion und damit die gemeinsame Wirtschaftspolitik der EU stehen vor der schwersten Prüfung ihrer Geschichte. Geht der Euro durch die Wirtschaftskrise in die Knie, ist guter Rat teuer.

Arno Maierbrugger

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist eine der größten Prüfungen für die Europäische Union (EU) seit den ersten Gründungsverträgen im Jahr 1951. Seither ist das Staatesgebilde mit seiner komplexen Verwaltung auf 27 Staaten angewachsen, von denen sich 16 die gemeinsame Währung, den Euro, teilen. Die Zusammenballung von so vielen unterschiedlichen Staaten und das Projekt des gemeinsamen Wirtschaftsraumes hat in letzter Zeit aber auch die Schwächen der EU schonungslos freigelegt: Zwischen wirtschaftlich widerstandsfähigen Ländern beziehungsweise Regionen der EU wie Deutschland, Benelux, Frankreich, Skandinavien sowie auch (noch?) Österreich und „Problemländern“ wie Spanien, Griechenland, Italien, Irland und den drei baltischen Staaten hat sich im Zuge des weltwirtschaftlichen Niederganges eine erhebliche Kluft gebildet.

Diese neue „Kluft“, die sich hier zwischen den Staaten aufbaut, ist die bisher größte Prüfung für den Stabilitätspakt und die gemeinsame Währung. Am 24. Juni leitete die EU ein Defizitverfahren gegen Litauen, Malta, Polen, Rumänien und Ungarn ein, auch Frankreich, Spanien, Irland und Großbritannien sind damit konfrontiert. Gegen Ende des Jahres dürften Verfahren gegen Deutschland und Österreich eingeleitet werden. Keines der Länder ist durch die Finanzkrise in der Lage, die Konvergenzkriterien einzuhalten.

Zentralbanken zittern

Zwar bezeichnete Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) das Defizitverfahren als „durchaus erwartbar“, ein gutes Licht wirft es auf die österreichischen Staatsfinanzen aber nicht. Eine Staatspleite sei allerdings „ein absurdes Szenario“, so Pröll, er rechne höchstens mit einer Neuverschuldung von 3,5 Prozent.

Hoffen wir, dass der Finanzminister mit seinem Achselzucken recht behält. Die Zentralbanken der EU haben jedenfalls allen Grund zu zittern. Wenn es



Die Europäische Zentralbank muss mit Worst-Case-Szenarien wie Staatsbankrott von EU-Mitgliedern rechnen. Foto: DPA/Arne Dedert

wie angekündigt noch weitere Verfahren gegen Slowenien und sogar Schweden geben sollte, dann sind mehr als zwei Drittel der EU-Staaten zurzeit nicht in der Lage, die essenziellen Grundbedingungen eines stabilen Währungskörpers innerhalb der Union einzuhalten. Und die Defizitverfahren können eine Spirale in Gang bringen: Länder wie Spanien, Griechenland oder Irland haben bereits eine Rating-Abstufung in Kauf nehmen müssen, was die Zinsen für ihre Staatsanleihen verteuert und die Schulden weiter steigen lässt.

Kollabieren mehrere Länder in Form eines Staatsbankrotts gar gleichzeitig, dann wird es sich zeigen, wie handlungsfähig die verbliebenen reichen Staaten sind. „Sollte Deutschland am Ende vor der Wahl stehen, zu helfen oder einem Bankrott zuzusehen, werden wir gemeinsam mit anderen tätig werden müssen“, ließ der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück vor Kurzem aufhören.

Doch was, wenn nicht? Das Horrorszenario, wenn die Part-

nerstaaten in der EU nicht mehr helfen (können) und auch der Währungsfonds nichts ausrichten kann: Dann zerfällt zuerst der Euroraum und in weiterer Folge die EU, wie wir sie kennen. Die europäischen Staaten würden wieder zu ihren nationalen Währungen zurückkehren, mit massiven Abwertungen in den Krisenländern und allem, was dazugehört: Lossagung aus der Union, explodierende Arbeitslosigkeit, Streiks, politischer Zerfall.

Für den früheren US-Notenbankchef Alan Greenspan war es seit jeher klar, dass der Euro scheitern müsse. Auch Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman gab der Kunstwährung keine zehn Jahre.

Diese Zeitspanne wäre nun durchschritten. „Die Frage ist, bis zu welchem Ausmaß die ost- und mitteleuropäischen Währungen dem Konjunkturabschwung noch standhalten können“, sagt Analyst Stephen Bailey-Smith von der Londoner Standard Bank. Schaffen sie es nicht, ist guter Rat tatsächlich teuer.